Die Europawahl 2024 als politischer Donnerhall

Ein verzwickter Wahlausgang

Ein paar der verwendeten Wahlplakate zur Europawahl, die am 8. Juni 2024 stattfand, wurden noch nicht wieder eingesammelt. Diese Überbleibsel erinnern natürlich an diesen Wahltag zur Wahl der Abgeordneten im Europäischen Parlament, die nach der Auszählung der Stimmen für die neue Legislaturperiode die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments bestimmen. Die gewählten Abgeordneten vertreten die Interessen der Bürgerinnen und Bürger der EU und gestalten europäische Gesetzgebung mit. Dabei entstehen im Parlament politische Blöcke, die nach ihrer politischen Ausrichtung auch aus mehreren Parteien bestehen können.

Ach du meine Güte, was war das für eine Wahl, die nach der Auszählung und Bekanntgabe von ersten Ergebnissen bei den politischen Teilnehmern der jeweiligen Wahlparty teilweise für Entsetzen sorgte, auch überschwängliche Freude zeigte und andererseits auch betretene Gesichter erkennen ließ. Das war natürlich aufgrund der Ergebnisse bei den jeweiligen Parteien recht unterschiedlich. Die Ergebnisse präsentierten jedenfalls einen politischen Donnerhall, der noch einige Zeit nachwirken und nachhaltig die politische Landschaft beeinflussen wird. War man vom Ergebnis wirklich so überrascht oder sah man bei den Politikern zumindest irgendein Übel auf das doch noch demokratische Europa zukommen?

Dabei war man doch froh und glücklich darüber, dass aufgrund der höheren Wahlbeteiligung ein doch höheres Interesse der Wähler vorliegen würde, Europa zukunftsfähig mit ihrer Stimmabgabe zu prägen. Allerdings waren es nur ~3,4 % mehr Wähler als 2019. Das Ergebnis ist aus der Sicht der Demokraten ziemlich beschämend und sicher ein Zeichen für Widerstand, Denkzettel, Unzufriedenheit und desorientiertem Wahlverhalten einiger Wähler. Die „Saat“ mit Ängsten, Hass und Hetze der rechten Populisten ist aufgegangen und hat manchen verunsicherten Wähler dazu gebracht, bei den Parteien ihr Kreuzchen zu machen, die einfache Lösungen für schwierige Probleme parat hatten. Mancher Wähler hat vielleicht auch gedacht, denen zeigen wir es jetzt mal so richtig, ohne sich über die Konsequenzen Gedanken zu machen. Andere protestieren und behaupten, dass sie sich über die Europawahl ausreichend informiert hätten und sogar den „Wahl-O-Mat“ benutzt haben, um das Kreuzchen an die richtige Stelle auf dem Wahlzettel zu setzen.

Aber war es denn wirklich im sprichwörtlichen Sinne eine Europawahl? Die Analysten sagen dazu allerdings, dass in jedem Fall in Deutschland aufgrund der internen politischen Turbulenzen diese bei der Wahl den größeren Ausschlag bewirkten. Vielleicht mal zur Verdeutlichung und Klarstellung. Die europäische Gesetzgebung, welche auch die Interessen der Bündnisstaaten mitunter stark beeinflusst, hat den Ursprung im Europäischen Parlament und das betrifft die Klimapolitik, die Wirtschaft mit dem Handel, Migration und Asyl, die Sicherheit und Verteidigung, aber auch die soziale Gerechtigkeit. Wer also die EU will, der kommt an den Themen nicht vorbei. Jedoch wer denkt, dass es ohne die EU besser laufen würde, hat sich nicht wirklich mit den Folgen der Problematik einer Aufsplittung dieser Gemeinschaft in autonome regierende Einzelstaaten beschäftigt, weil es viel schwieriger sein würde bei der Wirtschaftspolitik, beim Handel, in der Abwicklung der Geldgeschäfte, in der Kontinuität der Staaten und auch beim sozialen Zusammenhalt. Das nur mal so nebenbei erwähnt. Eine Gemeinschaft ist in jedem Fall ein starker Garant für Stabilität und

Frieden. Denn eine Zersplitterung und viele einzelne Staaten oder Landesfragmente hatten wir schon einmal in der Vergangenheit. Deswegen besser zusammen bleiben jedoch unter der Bedingung von klaren Strukturen, so muss es sein.

Fakten und Erklärungen

Aber warum ist es bei dieser Europawahl 2024 so gelaufen, wie es gelaufen ist und wo könnten die Gründe liegen? Zur Verdeutlichung der Tendenzen, wie sich bei diesem speziellen Wählerverhalten die Stimmen verteilt haben, nun einige Ergebnisse, die wohl auf die Parteien der Bundesregierung ausgerichtet sind. Diese Ergebnisse wurden wie schon erwähnt durch die politische Stimmung in Deutschland wohl hauptsächlich geprägt. Natürlich gibt es wie bei jeder Wahl Verlagerungen, wo die Menschen meinen, die, die jetzt dran sind, haben es nicht gut gemacht, da wählen wir mal die anderen. Das ist ganz klar im normalen Rahmen. Schon fast dramatisch haben sich die Wählerwanderungen gezeigt, die den etablierten Parteien viele Stimmen gekostet haben und den Parteien des BSW und der AfD zugeflossen sind. Die einzige Partei, die sich stimmlich fast konstant gehalten hat, ist die CDU/CSU.

Bei der SPD hat es noch einmal ein Minus gegeben, obwohl die letzte Europa-Wahl schon ein Tiefpunkt war, denn dabei landete sie bei 13,9 %. Die Grünen mussten deutlich Federn lassen und bekamen selbst von den jüngeren Wählern eins auf den „Deckel“. Das letzte Wahlergebnis wurde halbiert und liegt jetzt bei 11,9 %. Man merkte es den Wählern an, dass sie die FDP als den Störenfried der Regierung markierten und deswegen kam sie nur noch auf 5,2 %. Einzig die CDU/CSU sonnte sich in ihrem angeblichen Siegesergebnis mit 23,9 % (national 30 %). Jedoch war ihre Rettung die Altwähler, die bei der Stange geblieben sind. Sie hat wenig smarte Gefühle, die sie mit ihren Wählern verbindet, Hauptsache sie ist durch ihre wesentlichen Interessen mit der Wirtschaft verbunden. Deswegen ist diese Partei auch nicht wirklich des Volkes Alternative, wohl eher ein „Alternativchen“. Leider muss ich es erwähnen und deswegen nur die Prozentzahl des BSW mit 6,2 % und der AfD bei 15,9 %. Nun ja, die Linken gibt es auch noch mit 2,7 %. Die Wahlbeteiligung betrug 64,8 % bei dieser Europawahl im Jahr 2024.

Nun stellt sich wohl jeder beteiligte Politiker jeder Partei die Frage, was ist eigentlich passiert, dass es diesen Donnerhall mit diesem Wahlausgang gegeben hat. Hätte man es so voraussehen können? Man ahnte es wohl. Jeder Mensch in Europa hat in den fünf Jahren der Legislaturperiode des Europarlaments einiges mitgemacht, was wohl etliche Leben in andere Bahnen geworfen hat. Die Ereignisse waren wohl der Krieg in der Ukraine, die Energiekrise, fehlender Zusammenhalt, menschenfeindliche und demokratiefeindliche Veränderungen in der Gesellschaft und etliche Migrationsprobleme. Offensichtlich haben die jungen Wähler davor Angst bekommen, dass ihr Einsatz mit Überzeugung für den Umweltschutz nichts ist, was zum Nulltarif zu bekommen ist. Es könnten auch persönliche Einschränkungen damit verbunden sein. Es sind tatsächlich große Probleme der Zeit zu lösen. Das es doch etliche Demokratieverächter gibt, die versuchen mit demokratischen Mitteln die Demokratie in vielen Teilen Europas auszuhöhlen. Für sie ist anscheinend nicht erkennbar, dass sie sich ihren eigenen Ast des Lebens absägen und die Abschaffung der Demokratie auch ihre eigenen Rechte schwächt, denn anderes ließe ihre Klientel wohl nicht zu. Das alles macht den Menschen Angst und führt zu einer permanenten Unsicherheit in der Bevölkerung.

Diese fast durchgängige Unsicherheit machen sich die Populisten auch rechte Populisten zunutze, um die größte mögliche Angst bei den potenziellen Wählern aufrecht zu erhalten. Dazu operieren sie mit Scheinlösungen für die vorhandenen Probleme und drohen mit geschlossenen Grenzen, einem Austritt aus der EU, auch mit Remigration und schüren so weiter die Ängste der Menschen, die sowieso schon verunsichert sind. Und dann versuchen diese Rattenfänger-Parteien einfache Lösungen für die schwierigen Probleme unserer Zeit zu vermitteln. Sie versprechen den Menschen alles, was sie hören wollen, damit sie diese vermeintlich einfachen Lösungen widerstandslos schlucken. Es scheint doch so einfach zu sein, eine Politik zu machen, die Lösungen anbietet und die jetzigen Politiker der regierenden Parteien schaffen es nicht oder nicht gut genug, so der Tenor. Dann müssen wir wohl mal die anderen wählen, damit die Probleme gelöst werden und es für unser Deutschland aufwärts geht, so die Denkart. Damit ist die Sache gegessen und für Menschen, die sich von dieser Art Politik angesprochen fühlen, mag es wohl die Glückseligkeit sein, endlich eine politische Kraft gefunden zu haben, die ihre wahren Interessen vertritt.

Wer sich als Normalo in der politischen Landschaft informiert, stellt sich natürlich die Frage, wer sich durch diese Art Polarisierung mit einer starken Fake-Lastigkeit bei den politischen Themen überzeugen bzw. einfangen lässt. Sind es Ahnungslose, Hoffnungslose, Leichtgläubige oder gar Realitätsverweigerer? Aber es hat doch wohl etwas mit Macht zu tun diese populistische Art Politik für Menschen zu betreiben. Der bayerische Politiker Franz-Josef Strauß hat einmal gesagt: „Als guter Politiker muss du den Menschen aufs Maul schauen, aber den Menschen nicht nach dem Maul reden.“ Und das nennt sich seriöse Realitätspolitik, wie sie von den demokratischen Parteien betrieben wird. Schnell kann aus Macht auch Ohnmacht werden, sollte es bei den so gewählten Politikern in einer verantwortlichen politischen Tätigkeit dann doch nicht so laufen, wie großspurig und populistisch versprochen wurde. - Aber jetzt hat der Volkssouverän erst einmal seine Stimme für die Europawahl 2024 abgegeben und das wird respektiert, das ist Demokratie.

Nach so einem Wahlausgang mit einem starken Trend zu den nationalistischen Parteien ist der Anteil der Europathemen bei der Europawahl nicht direkt quantifizierbar, da es keine spezifische Kategorie für “Europathemen” gibt. Allerdings sind die Europawahlen an sich bereits ein zentrales europäisches Thema, da sie die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments bestimmen. Die gewählten Abgeordneten vertreten die Interessen der Bürgerinnen und Bürger der EU und gestalten europäische Gesetzgebung mit.

Themen der EU sind auch Themen der Nationalstaaten

Die Parteien und politischen Vereinigungen, die bei der Europawahl antreten sind, hatten unterschiedliche Positionen zu verschiedenen Themen, die sowohl europäisch als auch national relevant sind. Dazu gehören beispielsweise:

- **Klimapolitik**: Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels auf europäischer Ebene.
- **Wirtschaft und Handel**: Handelsabkommen, Binnenmarktregulierung und Wirtschaftsförderung.
- **Migration und Asyl**: Gemeinsame europäische Lösungen für Migration und Flüchtlinge.
- **Sicherheit und Verteidigung**: Kooperation in Sicherheitsfragen und Friedensmissionen.
- **Soziale Gerechtigkeit**: Arbeitsrechte, soziale Absicherung und Chancengleichheit.

Die Wahlprogramme der Parteien enthalten spezifische Positionen zu diesen Themen. Wählerinnen und Wähler konnten ihre Stimme entsprechend ihren Überzeugungen und Prioritäten abgeben.

Klar, es sind brisante Themen, welche ein starkes Konfliktpotential in sich tragen. Wenn man sich grundsätzlich für den europäischen Gedanken stark macht, dann muss man auch ganz klar sagen, dass einiges an Manko bei diesen Themen erkennbar ist. Aber sind die fünf Themengebiete wirklich zu jedermanns Zufriedenheit zu regeln? Ich denke, dass es bei der Klimapolitik, bei Migration und Asyl, aber auch bei der sozialen Gerechtigkeit zu Einflussfaktoren bei der Stimmabgabe geführt hat. Es ist wohl so, dass manche Menschen zwar für den Umweltschutz sind, aber so weiterleben wollen wie bisher. - Möglich oder nicht möglich? Andere wollen weniger Migration und Asyl. - Möglich oder notwendig? Auch bei der sozialen Gerechtigkeit fühlen sich manche Menschen nicht mitgenommen und jammern vielleicht gar auf hohem Niveau. - Geht es anderen schlechter als mir oder würden dabei Empathie und weniger Egoismus bei der Einschätzung helfen? So kann mancher wohl auf krumme Gedanken mit der Unterstützung durch Populisten kommen, die ihm suggerieren, dir geht es aber schlecht, weil…

Wichtig und richtig ist es sicherlich, den Wähler seitens EU ausreichend über die Themen für ein geeintes und starkes Europa zu informieren. Wichtig und richtig ist es auch, dass der Wähler es versteht, warum Politik von unterschiedlichen Parteien und deren Ansichten zu bestimmten Problemen letztendlich immer zu Kompromissen in der Entscheidung zu einer Lösung führen. Ideallösungen gibt es selten, ob auf europäischer oder nationaler Ebene. Jedoch müssen sich die Menschen bei den Entscheidungen mitgenommen fühlen.

Nationale Einflüsse bei der Wahl

Wenn man nach Deutschland schaut und den wohl nationalen Einfluss der Politik auf das Wahlergebnis feststellt, ergibt sich eine grundsätzliche Frage, die schwer zu beantworten ist. Nämlich, wie ist die Arbeit der Bundesregierung objektiv zu bewerten oder wie sah es der Wähler? Die Bundesregierung, bestehend in der Koalition aus drei bekannten Parteien, musste zu dem normalen Geschäft erhebliche Probleme wie den Krieg in der Ukraine, die Energiekrise, die Migration, die Probleme der Bundeswehr, die Turbulenzen auf dem Weltmarkt versuchen zu bewältigen. Zu dem normalen politischen Geschäften musste dieses zeitnah mit entschieden werden, was sich jedoch zu den priorisierten Aktionen der Regierungsarbeit entwickelte. Hinzu kamen weiterhin erschwerend die politischen Hinterlassenschaften der Ära Merkel, wie die starke energiepolitische Bindung an Russland, eine ziemlich marode Infrastruktur, eine mangelhafte Digitalisierung, die der deutschen Wirtschaft massiv auf die Füße gefallen ist und nun dadurch einen massiven Druck entwickelte, die manches Unternehmen in ihren Möglichkeiten eingeschränkt hat. Hinzu kommt noch, was fast schon katastrophal ist, eine mangelnde Anzahl von Fachkräften, aber auch eine mangelnde Bereitschaft sich zu mobilisieren. Sind es Pharisäer, die einen Politikwechsel fordern, weil nach deren Meinung ja nichts richtig läuft?

Deutschland ein Land der Jammerer?

Dann noch diese ständige Jammerei aus allen möglichen Ecken des Landes, wie schlecht doch alles ist und müssen wir das wirklich für die Umwelt machen, auch was das alles kostet. Deutschland ist zu einem Land der Jammerer geworden, anstatt die Problem anzugehen und versuchen zu lösen. Selbst mit ständigen Protesten werden keine Probleme

gelöst, wie dieser unsägliche Bauernprotest, der dieser Regierung und der EU zumutet eine Suppe auszulöffeln, die über Jahrzehnte schlampig gekocht hat und deswegen schon recht alt ist. Der offizielle Grund des Protests ergab kein adäquates Verhalten zum Protest. Wenn jeder in einem Land eine Politik a la Carte haben möchte, dann bitteschön sollte auch alle ihre Hausaufgaben (auch an die Umwelt denken) gemacht haben und nicht immense Erwartungen an die Politik haben, denn eine besondere Politik für jede einzelne Lobbygruppe ist nicht mit jedem Wunschdetail möglich. Als Regierung muss man wohl das Ganze im Auge haben und austarieren.

Ein Miteinander

Wenn jetzt jemand sagt, das war aber alles für uns Bürger zu viel, stellt sich wieder eine Frage. Hat man den Bürgern und den Unternehmen zu viel zugemutet? Klar muss man zur Arbeit der Regierung auch mal Tacheles reden und einige Punkte der Kritik äußern. So war die operative Zusammenarbeit der Regierung bestehend aus SPD, den Grünen und der FDP teilweise eine Katastrophe. Manchmal vermutete man, es sind reine Poltergeister, die sich öffentlich wie die Kesselflicker beharkt haben. Der Einklang fehlte absolut. Sinnvoll wären Streitigkeiten zu Sachthemen, wenn sie denn sein müssen, diese wohl hinter verschlossenen Türen stattfinden zu lassen. Das als Grundsätzliches. Und dann noch der wohl heimliche Seniorpartner der Regierung, nämlich die FDP, die fast ständig irgendwelche Einwände zur Regierungsarbeit äußerte, obwohl diese schon vereinbart waren. Die FDP scheint der geborene Quertreiber zu sein. Doch auch die Grünen mussten durch fundamentale programmatische Richtungswechsel viele Kröten schlucken und das hat einige ihrer Wähler verständlicherweise vergrault. Denn es sind nicht mehr die Grünen, die sie mal waren. Das alles hat der Wähler recht deutlich mitbekommen und sich darüber seine Gedanken gemacht. So sind die bestehenden durchaus positiven Fakten der Regierungsarbeit leider oftmals in den Hintergrund getreten.

Diskussionen im Bundestag

Man beachte auch, dass der Wähler durchaus die Diskussionen im Deutschen Bundestag verfolgt, welche die Oppositionsparteien wie die CDU/CSU und auch die AfD in ihrer Art „zelebrieren“. Es ist beileibe auch nicht so, dass sich die Opposition aufgrund ihres relativ guten Wahlergebnisses von CDU/CSU mit 23,7 % im Sessel zurücklehnen könnte, weil sie nach ihrer Aussage zwar glücklich über ihr gutes Abschneiden sind, aber mit dem Rest der Ergebnisse bei den anderen Parteien nichts zu tun haben. Diesem Gedanken muss man deutlich widersprechen, auch deswegen, weil diese Oppositionspolitiker mit verantwortlich sind für das Erstarken der rechten Parteien, weil sie zeitweise auch dem populistischen Stil in der Diskussion frönen. Doch diese Art der Diskussion von Anklagen verwischt nicht die Tatsachen der eigenen Politik unter Merkel, welche viele der von der CDU/CSU beklagten Probleme ihren Nachfolgern hinterlassen hat. Und unsäglich ist die oft erwähnte Aussage einer sogenannten Brandmauer gegenüber der AfD, die als ein eher hilfloser Akt verstanden wird, weil die Einigkeit darüber in den Ländern Ost und West ziemlich zerbröselt. Der Wähler braucht Fakten und keine Beschwörungen.

Betrachten wir einmal als Beispiel das durchaus schlecht kommunizierte Dilemma mit dem neuen Heizungsgesetz in der Verantwortung durch den „Grünen“ Herrn Habeck. Daraus entwickelte sich beispielhaft eine absurde Diskussion im Deutschen Bundestag, die an Populismus nicht mehr zu überbieten war und daraus quasi ein Possenspiel entstand. Da wurden schon mal Fakten unterschlagen oder anders dargestellt. Jeder Hausbesitzer mit

einer alten Heizung geriet aufgrund einer absurden auch öffentlichen Debatte in Panik und sah seinen sozialen Abstieg förmlich auf sich zukommen. Allerdings auch die Medien haben einen deutlichen Anteil an der verkorksten Debatte. Die Faktenlage sah allerdings viel nüchterner aus und war kein Grund zur Unruhe gegeben.

Viel beunruhigender fand ich seitens der Opposition von CDU/CSU, vertreten durch Herrn Merz, die Aussage, es müsste eine neue Politik her und nachschoben, Herr Bundeskanzler, sie können es nicht, als persönliche Zurechtweisung der Regierung. Soll suggerieren, wir können es viel besser als sie! Der Wähler sollte wohl deutlich merken, dass die CDU/CSU die deutlich bessere Alternative wäre. Aber wäre es denn wirklich so? Herr Merz wollte wohl sagen, wir haben es in unseren Jahren der Regierung zwar auch nicht geschafft, bei einer normalen Regierungsarbeit, aber jetzt würden wir es deutlich besser machen (so wahr uns Gott helfe). Ich glaube, es war dabei mehr Glaube und Hoffnung mit im Spiel, als tatsächlich heraus käme.

Mit diesem Stimmenfang wurden sicherlich eher viele Wähler inspiriert, sich doch der Opposition der rechten Populisten zu öffnen und so waren viele Stimmen durch die Art und Weise der demokratischen Oppositionsarbeit futsch und landeten da, wo sie erst mal für die Demokraten verloren sind. So kann man nur resümieren, dass trotz neuen Wahlprogramms der CDU/CSU diese Gruppierung ein „Alternativchen“ bleibt. Dass es so bleibt, haben ihnen die Wähler ja mit 30 % zumindest bei dieser Europawahl gedankt. Allerdings im Osten Deutschlands hat das Prinzip der Hoffnungswahl nicht funktioniert und war selbst für die CDU enttäuschend.

Stimmenverluste - Stimmengewinne

Nun noch einen konkreten Blick auf die Situation der verlorenen Stimmen an das rechte populistische Lager, was jeden Demokraten schmerzen muss. Deswegen sollten alle Demokraten in Europa sich über die veränderte Wichtung durch die Stimmenverteilung intensive Gedanken machen. Diese Europawahl 2024 sollte zu denken geben!

Die Anteile der rechten Parteien bei der Europawahl variieren je nach Land. Hier sind einige relevante Informationen:

- In den meisten EU-Staaten haben konservative Parteien wie die CDU und CSU die meisten Stimmen erhalten. Diese bilden im Europaparlament die Fraktion der Europäischen Volksparteien (EVP).
- In einigen Ländern sind europakritische oder rechte Parteien Wahlsieger. Beispielsweise ist die Partei von Ministerpräsidentin Giorgia Meloni in Italien, die Fratelli d’Italia, Wahlsieger und gehört zur Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformern (EKR). In Frankreich liegt Marine Le Pens Rassemblement National vorn und bildet die Fraktion Identität und Demokratie (ID).
- Nicht in allen Ländern schnitten rechte Parteien stark ab. In Spanien und Portugal lieferten sich die EVP und die sozialdemokratische S&D-Fraktion ein Kopf-an-Kopf-Rennen.
- Das EU-weite Ergebnis zeigt, dass die EVP die meisten Sitze im Europaparlament bekommt, gefolgt von den Sozialdemokraten. Die Fraktionen EKR und ID haben ebenfalls nennenswerte Anteile.

Bitte beachten Sie, dass die AfD-Stimmen in die Kategorie Sonstige fallen, da die Partei aus der ID-Fraktion ausgeschlossen wurde.

Ein Lernprozess wäre möglich

Die Politiker aller Parteien werden wohl noch einige Zeit den Ausgang der Europawahl 2024 in nicht so guter Erinnerung behalten. Jedoch wäre es wichtig für alle europäischen Demokraten, dass es für die Wähler erkennbare Reaktionen auf diese rechtslastigen Ergebnisse gibt. Für die deutsche Bundesregierung in einer Koalition geeint, wäre es ratsam, sich nicht mehr in der Öffentlichkeit in Diskussionen zu verzetteln und versuchen, Streitpunkte intern zu klären. Auch wäre es gut, wenn die Regierung ihre Öffentlichkeitsarbeit optimieren könnte. Der Opposition würde sicher wohl weniger Populismus und mehr Fairness in der Debatte gut zu Gesicht stehen, obwohl es das neue dynamische Wahlprogramm der CDU/CSU gibt. Der Bürger würde es sicherlich merken und ggf. bei den nächsten Wahlen dieses positiv quittieren.

Kritische Themen mit vier Punkten - Informationen

Nun jedoch noch vier kritische Punkte, die wohl bei manchen Bürgern Diskussionen ausgelöst haben und ihre Wahlstimme beeinflusst haben könnte.

1. Bürgergeld

Hier sind die wichtigsten Voraussetzungen im Überblick: bitte klicken

Das Bürgergeld ist so konzipiert, dass es das Existenzminimum sichert und nicht als Anreiz dient, nicht zu arbeiten. In der Regel ist das Bürgergeld niedriger als ein reguläres Einkommen aus einer Vollzeitbeschäftigung. Es gibt jedoch Situationen, in denen das Bürgergeld zusammen mit anderen Sozialleistungen (wie Wohngeld oder Kinderzuschlag) das Einkommen von Geringverdienern ergänzen kann.

Falls jemand nur ein sehr geringes Einkommen hat, könnte das Gesamteinkommen aus Lohn und Bürgergeld in bestimmten Fällen höher sein als der Lohn allein. Dies ist jedoch eher die Ausnahme und nicht die Regel.

Dieses Geld des Staates unterstützt also Menschen, die nicht von ihren eigenen Einkünften leben können bzw. sich in einer Notlage befinden. Es hat durch die Medien Meldungen darüber gegeben, dass sich Arbeitnehmer gezielt für das Bürgergeld als neue Einnahmequelle aussprechen. Das hat einigen Menschen suggeriert, dass das Bürgergeld grundsätzlich höher wäre, als der Mindestverdienst. Das ist eine irritierende Aussage, jedoch soll es Ausnahmen geben. Man kann nicht erklären, wann dieses zutreffen könnte. Wie sieht dann bei diesem Arbeitnehmer die Lohnsituation aus? Aber mehr entzündete sich der Streit zwischen der Regierung und der Opposition darüber, ob Bezieher von Bürgergeld nach einer abgelehnten Arbeitsaufnahme sanktioniert werden sollten und dann noch, wie viel Strafe es denn sein soll. Wenn Arbeitsfähige eine angemessene Tätigkeit verweigern, dann sollte es auch ein angemessenes Maß der Kürzung von Bezügen geben. Denn eine Schenkung des Staates in diesem Sinne ist es nicht wirklich.

2. Sicherheit der Bürger

Immer und immer wieder gibt es Flüchtlinge, die Zuflucht in Deutschland gesucht haben und diese humanitäre Maßnahme einer Aufnahme missbrauchen. Dabei begehen einige diese Menschen, welche hier Asyl suchen, schwerste Straftaten. Die direkten Folgen für den Straftäter wäre eine unmittelbare Ausweisung, zumindest sollte es so sein. Nun sind die Herkunftsländer keine sicheren Länder, um den Täter rechtskonform zurückschicken zu können, das heißt, eine Abschiebung ist nicht möglich. Deswegen ergibt sich eine paradoxe Situation für Deutschlands Bundesbürger. Dabei wird die Sicherheit der Straftäter über den Schutz der Bürger gestellt, weil diese ja eventuell in deren Heimatland zu Schaden kommen könnten. Die Umkehrung der Rechtslage ist katastrophal und der Bürger fragt sich zurecht, sind wir als Deutsche nicht schützenswert?

3. Bürokratieabbau

Die bei Protesten seitens der Industrie und des Handwerks vorgetragenen pauschalen Hinweise zum Bürokratieabbau sind nicht wirklich zielführend. Dabei ist es zwar nicht von der Hand zu weisen, dass es in gewissen Bereichen von Industrie und Handwerk Überregulierungen gibt, die eine Abwicklung von Planungs- und Arbeitsschritten erschwerend beeinflussen können. Was also ist zu tun?

Doch sicherlich ist es in den meisten Fällen gerade in Deutschland, wo durch klare Vorgaben bei der Ausführung von Planungen ein roter Faden hilfreich sein kann, es eher eine Planungssicherheit bedeutet. Falls es Einwände und erkennbare Bremsen für Planungen gibt, sollten diese fachlich begründeten Einwände bei Vorgaben durch eingerichtete Arbeitsgruppen zielgenau revidiert oder gelöscht werden. Für begründete Einwände finden sich sicherlich praktikable Lösungen. Allerdings ist es auch notwendig, dass die entsprechenden Fachbereiche in der Industrie und dem Handwerk zeitnah auf Veränderungen reagieren und sich darauf einstellen.

Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung sind wichtige Standortfaktoren und essenziell für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Die digitale Abwicklung von Verwaltungsleistungen sowie eine Rechtsetzung, die Unternehmen von unnötigen Dokumentationspflichten befreit, wirkt wie ein Konjunkturpaket und fördert das Wirtschaftswachstum. Die Bundesregierung hat bereits Maßnahmen ergriffen, um bürokratische Hürden abzubauen und Unternehmen zu entlasten. Es ist ermutigend zu sehen, dass Verbände aus der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft konkrete Vorschläge zum Bürokratieabbau einreichen, um unseren Staat handlungsfähiger und bürgerfreundlicher zu gestalten.

Dabei gibt es durchaus Hilfestellungen und Vorschläge, wie sich die Firmen selbst zielgenau auf einen Bürokratieabbau ausrichten und mit Maßnahmen ihrerseits strategische Lösungen erarbeiten.

<u>Unternehmen können die Bürokratie in Deutschland auf verschiedene Weisen bewältigen:</u>

- **Digitalisierung**: Die Automatisierung von Prozessen und die Nutzung digitaler Tools können den Verwaltungsaufwand reduzieren. Unternehmen sollten in moderne Software investieren, um Routineaufgaben zu vereinfachen.

- **Beratungsdienste**: Externe Berater und Anwälte können Unternehmen bei rechtlichen und administrativen Fragen unterstützen. Sie kennen sich mit den lokalen Vorschriften aus und können wertvolle Ratschläge geben.
- **Netzwerke nutzen**: Unternehmen sollten sich mit anderen Unternehmen und Branchenverbinden vernetzen. Diese Netzwerke bieten oft Informationen über bewährte Verfahren und können bei der Bewältigung von bürokratischen Hürden helfen.
- **Frühzeitige Planung**: Bei der Gründung eines Unternehmens oder der Einführung neuer Produkte sollten Unternehmen frühzeitig alle erforderlichen Genehmigungen und Dokumente einplanen. Verzögerungen können so vermieden werden.
- **Schulung der Mitarbeiter**: Mitarbeiter sollten über die relevanten Vorschriften informiert sein und wissen, wie sie damit umgehen können. Schulungen können dazu beitragen, Fehler zu minimieren.
- **Kooperation mit Behörden**: Unternehmen sollten eine positive Beziehung zu den zuständigen Behörden aufbauen. Offene Kommunikation und Kooperation können den bürokratischen Prozess erleichtern. Es ist wichtig zu betonen, dass die Bewältigung der Bürokratie eine kontinuierliche Aufgabe ist. Unternehmen sollten sich ständig über Änderungen in den Vorschriften informieren und ihre Strategien entsprechend anpassen.

4. Der 10 Punkte Plan der Koalition für Unternehmen

Die Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag für die 20. Wahlperiode einen “10-Punkte-Plan” für Unternehmen festgelegt. Hier sind die wichtigsten Punkte:

- **Förderung der Digitalisierung**: Die Regierung will Unternehmen bei der Digitalisierung unterstützen, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.
- **Nachhaltigkeit und Klimaschutz**: Unternehmen sollen nachhaltiger wirtschaften und klimafreundliche Maßnahmen ergreifen.
- **Fachkräftesicherung**: Die Regierung möchte die Ausbildung und Qualifizierung von Fachkräften fördern.
- **Innovation und Forschung**: Unternehmen sollen in Forschung und Entwicklung investieren, um innovative Produkte und Dienstleistungen zu schaffen.
- **Entlastung von Bürokratie**: Die Regierung plant, bürokratische Hürden für Unternehmen zu reduzieren.
- **Steuervereinfachung**: Unternehmen sollen von vereinfachten Steuerregelungen profitieren.
- **Förderung des Mittelstands**: Der Mittelstand soll gestärkt werden, z. B. durch bessere Finanzierungsmöglichkeiten.
- **Internationalisierung**: Unternehmen sollen auf internationalen Märkten agieren und exportieren können.
- **Infrastrukturausbau**: Die Regierung will die Infrastruktur verbessern, um Unternehmen zu unterstützen.
- **Soziale Verantwortung**: Unternehmen sollen soziale Verantwortung übernehmen, z. B. durch faire Arbeitsbedingungen und Nachhaltigkeit.

Bitte beachten Sie, dass dies eine allgemeine Zusammenfassung ist, und es weitere spezifische Maßnahmen und Details gibt.

Fazit:
Die turbulenten Auswirkungen dieser Europawahl haben nicht wirklich die Befürworter Europas gestärkt, denn etliche Wähler wurden von den großzügigen Versprechungen der Populisten eingewickelt und haben ausdrücklich deswegen ihr Kreuzchen politisch etwas abseits platziert. Nein, wir Demokraten brauchen jetzt nicht in eine Schockstarre zu verfallen, denn populistische Versprechen haben ein schnelles Verfallsdatum, weil bei einer möglichen Regierungsverantwortung der Populisten die frisch erreichte Macht auch schnell zur Ohnmacht werden kann. Dennoch sollte man die abgewanderten Wählerstimmen versuchen zu verstehen und wirklich die Brandthemen, also Themen, die die Menschen beschäftigen, abarbeiten, um bürgernahe Lösungen zu finden. Vielleicht stoppt das zumindest die Menschen, die aus Protest „falsch“ gewählt haben, doch bei denen, die nicht so klar Argumenten folgen wollen oder können, wird es deutlich schwieriger für „demokratische Rückholaktionen“.

Im Moment scheint es bei aktiven Oppositionellen so zu sein, erst einmal alles schlecht zu reden und infrage zu stellen, was so im Land passiert, ohne wirklich Begründungen dafür liefern zu können oder zu wollen. Unisono stimmen Arbeitgeberverband und auch der Bauernverband mit ein. Es mag sein, dass es an Deutschland und an der Regierungsarbeit Kritikpunkte gibt, aber es ist nicht alles grundsätzlich schlecht in Deutschland. Diese Art der politischen Darstellung ist reine Stimmungsmache. Allerdings bedenken viele dieser Kritiker nicht, dass dadurch die Menschen im Land verunsichert werden. Es ist sowieso eine Zeit, in der begleitende Lebensängste, welche die Menschen verunsichert, ihr Verhalten stärker als in früheren Jahren beeinflusst. Die psychische Belastung ist gestiegen. Dadurch entsteht auch ein verändertes politisches Verhalten, die manchen Politiker dazu bringt, das Gesicht zu verziehen.

Es muss bei den Menschen wieder das Vertrauen in den Staat entstehen, welches eine Zuversicht vermittelt, die eine positive Stimmung auf ganz Deutschland überträgt. Denn dazu passt nämlich Schlechtreden überhaupt nicht. Deswegen ist es wohl bei Politikern grundsätzlich ratsam mit politischem Kalkül berechtigte Kritikpunkte in der Öffentlichkeit zu äußern. Und dem Volk nach dem Maul zu reden ist keine seriöse Politik, wie schon Franz-Josef Strauß es völlig zurecht äußerte.

Noch eine Bemerkung:
Auch kann es nicht sein, dass Politik durch Lobbyverbände wie beispielsweise vom Bauernverband gesteuert wird. Probates Mittel ist aus mancher eigennütziger Sicht einfach ein Protest und das möglichst bundesweit, um Veränderungen durchzusetzen. Da kann man nur ein NEIN zu dieser Art der politischen Einflussnahme äußern, um Forderungen zu erpressen. Man kann nicht immer davon ausgehen, dass es Deutschland und die Europäische Union schon richten wird, mal einfach so. Sicherlich würde es keinen Landwirt beflügeln, wenn wir „die Bürokratie“ beseitigen würden, weil die Agrarwirtschaft dann wieder in den 70er-Jahren wäre. Denn dann kämen die Methoden der Landwirtschaft aus diesen Jahren wieder zur Anwendung. Wahrscheinlich bekämen einige Landwirte deswegen weiche Knie, weil dann die Erträge nicht mehr stimmen würden und es die Agrarsubventionen gar nicht gäbe oder deutlich geringer wären. Keine Berufsgruppe wird so gefördert wie die Landwirte. Die intensive Bewirtschaftung von Böden und eine dynamische Viehhaltung for-

dern eben Tribute, sei es an Vorschriften, sei es bei den Düngemitteln, sei es bei den Vorgaben, die auf eine Langzeitbewirtschaftung der Anbauflächen ausgelegt sind. Die Landwirte welche ihren Grund und Boden nach dem Regelwerk der EU bewirtschaften und dadurch für sie finanzielle Nachteile entstehen könnten, sind sicherlich damit Subventionen verbunden. Wenn jedoch der Deutsche Bauernverband darüber klagt, sicherlich zugegeben oftmals auch zurecht, dass die Erzeuger nicht ausreichend durch die Vermarktung ihrer Produkte verdienen, dann ist die Adresse des Protests falsch gewählt, denn die Regierung kauft und verkauft, wie man weiß, keine Agrarprodukte. Denn die Preisgestaltung regelt der Markt selber.

06.07.2024
WM